Zeitschrift: Schweizer Erziehungs-Rundschau: Organ für das öffentliche und

private Bildungswesen der Schweiz = Revue suisse d'éducation :

organe de l'enseignement et de l'éducation publics et privés en Suisse

Herausgeber: Verband Schweizerischer Privatschulen

Band: 65 (1992)

1-2 Heft:

Pressespiegel = À travers la presse Rubrik:

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 30.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

VSP-NACHRICHTEN INFORMATIONS DE LA FSEP

Vorort - Brief an den VSP

Mit Ihrem Schreiben vom 19. Dezember bemängeln Sie, dass in unserem wirtschaftspolitischen Leitbild dem Gedanken der Privatisierung der schulischen Bildung keine Beachtung geschenkt worden sei.

Wir sind Ihnen dankbar für diesen Hinweis, weil Sie in der Tat ein berechtigtes Anliegen aufgreifen. Wenn wir die Frage der Privatisierung der Aus- und Weiterbildung auch nicht explizit erwähnt haben, so sind unsere grundsätzlichen Ausführungen in bezug auf die Privatisierung von öffentlichen Leistungen (S. 13ff) eigentlich recht deutlich. Darunter fällt auch der von Ihnen zu Recht vorgebrachte Gedanke des Wettbewerbs unter den Bildungsträgern. Leider verstehen die staatlichen Bildungseinrichtungen unter Wettbewerb einfach eine Verlängerung ihrer Budgets.

Realistischerweise muss man wohl davon ausgehen, dass in bezug auf die Erstausbildung kaum viel Raum für Privatisierungsmöglichkeiten bestehen. Da unser Leitbild weder revolutionär noch utopisch sein will, haben wir deshalb davon Abstand genommen, diesen Gedanken weiterzuentwickeln. Hingegen sind wir mit Ihnen der Überzeugung, dass insbesondere auf der Stufe der Weiterbildung dem Wettbewerb unbedingt eine grössere Rolle zugebilligt werden muss. In diesem Sinne können Sie darauf zählen, dass wir diesem Anliegen unsere volle Aufmerksamkeit schenken werden.

Wir verbleiben mit freundlichen Grüssen Schweizerischer Handels- und Industrie-Verein

Limania-Schulen Aarau und Baden

Die Limania-Schulen Aarau und Baden bieten ab 10. Februar 1992 neu die Montag-Handelsschule an. An dieser Abteilung wird das gleiche Schulprogramm wie an der seit Jahren erfolgreich wirkenden Samstag-Handelsschule vermittelt. Nach anderthalb Jahren erfolgt der Abschluss mit dem Handelsdiplom VSH, berufsbegleitend.

International School of Berne

Die International School of Berne platzt aus allen Nähten. Ihren Erfolg führt sie auf ihren guten Ruf zurück. 200 Schülerinnen und Schüler aus 36 Ländern besuchen die Schule in Bern und es gebe kaum Nationalitätenprobleme zu bewältigen. Bis vor wenigen Jahren kamen die Schüler vor allem aus dem anglo-amerikanischen Raum und aus Asien und Afrika. Neuerdings besuchen auch Kinder aus Osteuropa (CSFR, Jugoslawien, GUS) die ISB. Die gestiegenen Schülerzahlen (140 im Jahre 1989, 192 im Jahre 1991) bedingten kurzfristig die Eröffnung von drei neuen Klassen. Bis das Anbauprojekt realisiert werden kann, hat die Schulleitung sich drei Baracken beschafft, in denen bereits Schule gehalten wird. Die ISB, an welcher alle Stufen vom Kindergarten bis zum High-School-Abschluss angeboten werden, versteht sich nicht als Aristokratenschule, sondern als normale Privatschule mit der Unterrichtssprache Englisch. Finanziert wird sie praktisch ausschliesslich mit Schulgeldern. Diese betragen pro Jahr und Kind im Durchschnitt 10000 Franken. Die Schule erhält keinerlei Subventionen, lediglich die amerikanische Botschaft zahlt jedes Jahr 30000 Franken an das 2,5 Millionen-Budget. Kleines Detail am Rande: Schon zweimal übernahm die International School of Berne Schülerpulte aus Muriger Schulhäusern. Was den einheimischen Kindern offenbar nicht mehr zugemutet werden konnte, genügte den ISB-Schülern allemal.

PRESSESPIEGEL A TRAVERS LA PRESSE

Interview mit VSP-Präsident Moser

In einem ausführlichen Interview konnte Präsident Henri Moser den Verband schweizerischer Privatschulen vorstellen. Darin gab er auch Auskunft über Aufnahmekriterien und Qualitätsansprüche, die an die Mitgliedschulen gestellt werden.

In das Interview wurde durch die Redaktion der Handels Zeitung der nachstehende Kasten eingestreut: 1990 haben sich 300 der etwa 600 privaten Bildungsinstitute zum Verband Schweizerischer Privatschulen (VSP) zusammengeschlossen. Rund 60 000 der insgesamt 100 000 Schülerinnen und Schüler von Privatschulen besuchen ein dem Verband angeschlossenes Institut.

Privatschulen haben keine einheitlichen Tarife. Tagesschulen kosten etwa 3500 Fr. pro Semester, Internate rund 10000 Fr. Die teuerste, selbst im «Guiness-Buch der Rekorde» aufgeführte Nobelschmiede der Schweizist «Le Rosey» in Rolle und Gstaad, wo die Eltern pro Kind und Jahr um die 50000 Fr. zahlen. Inbegriffen ist allerdings neben Unterkunft, Verpflegung und Schule: Unterricht in 18 Fremdsprachen, Schwimmen, Musik, Tennis, Ski und «vielfältige Aktivitäten» (Prospekt).

Als Vergleich dazu nennt Henri Moser die Zahlen, wonach ein Genfer Primarschüler den Staat allein für den Unterricht rund 12 500 Fr. kostet. Moser: «Der Preis für private Bildung entspricht etwa 50% der Kosten an einer staatlichen Schule. Wenn wir 10 000 Fr. pro Jahr verlangen, heisst es: für die gleiche Leistung in der öffentlichen Schule berappt der Steuerzahler 20 000 Fr.»

Handels Zeitung

Schulen brauchen Konkurrenz

Die Argumente, mit denen das schweizerische Bildungs-Establishment auf kleinste Privatisierungsversuche im Bildungswesen reagiert, sind äusserst dürftig, jedoch verständlich. Wer sich während Jahrzehnten ohne Konkurrenz und faktisch ohne Leistungsdruck des staatlichen Monopols der Wissensvermittlung bedient, hat allen Grund, den Wettbewerb zu fürchten. Den Privatschulen jedoch den Zugang zur Weiterbildungsoffensive des Bundes verwehren zu wollen wäre grotesk. Schliesslich hat sich der Staat neu in einen Bildungsbereich eingeschaltet, der bis anhin fast ausschliesslich der Privatinitiative von Unternehmungen, Verbänden und privaten Kursanbietern vorbehalten war.

Richtig wäre, diese neuen Bundessubventionen den Weiterbildungswilligen auszurichten und nicht den Bildungsinstitutionen. Die von Jean-Daniel Zwahlen im Leserbrief geäusserte Empörung, den gewinnorientierten Privatschulen seien keine Steuergelder auszurichten, hätte sich erübrigt. Der Steuerzahler würde selbst entscheiden können, welcher Weiterbildung er den Vorzug geben will. Weshalb wohl wehrt sich die öffentliche Schule gegen elementare Gesetze von Angebot und Nachfrage? Markus Kamber, «Cash» 24. 1. 1992



L'apport des écoles privées

Un élève sur dix fréquente une école privée en Suisse. Ce chiffre considérable correspond à un besoin bien réel, car il s'est maintenu voire a augmenté au cours de ces vingt dernières années.

Le Valais offre également une palette de formations très diversifiée, qui va de la fin de l'école primaire aux diplômes de maturité. Plus de 2500 élèves fréquentent ses écoles privées. On trouve le gros des effectifs en plaine, à Monthey, Martigny, Sion, Sierre, Viège et Brigue. Le reste fréquente des établissements situés en montagne.

Cours dispensés

Certaines écoles prennent en charge des élèves à la fin du primaire déjà, d'autres s'occupent de la scolarité au niveau secondaire, puis suivent les élèves jusqu'au diplôme commercial ou à la maturité. Il y a aussi possibilité de suivre une formation dans une école d'administration ou de préapprentissage. Il y a les cours de langues, très demandés par les adolescents comme par les adultes, et enfin les écoles hôtelières, qui offrent une formation complète dans le domaine de l'hôtellerie et du tourisme. Ces nombreuses possibilités viennent compléter, de manière très efficace, les prestations des écoles publiques.

Motifs d'inscription

Les écoles privées représentent une alternative à l'école publique. On vient y chercher une autre ambiance de travail, souvent plus détendue du fait d'un nombre plus réduit d'élèves par classe. La possibilité d'une certaine souplesse dans l'organisation des cours et des programmes fait que les jeunes se sentent mieux soutenus, plus suivis. On peut davantage mettre l'accent sur des matières où ils éprouvent des difficultés. Ils ont également l'impression de mieux percevoir les applications concrètes de ce qu'ils apprennent. Il faut aussi relever des possibilités de formations, telles que les écoles d'administration ou de préapprentissage que I'on ne trouve pas, sous cette forme du moins, dans une école publique. Tout cet éventail, combiné à la souplesse d'une structure privée et de taille plus petite, permet de fournir à l'étudiant des prestations au plus près de ses besoins. Enfin, l'élève est au départ plus motivé, du fait qu'il a choisi de venir dans un établissement de ce type, explique M. Bernard Théler, vice-président de l'Association suisse des éco-Le Nouvelliste, 11. 1. 1992 les privées.

Gemeinsames Modell HWS und Medecol

Der akute Mangel an ausgebildeten Arztgehilfinnen hat die involvierten Kreise bewogen, nach Abhilfemassnahmen zu suchen. An der HWS ist nun der Schulbesuch im ersten Quartal gratis und gilt als eine Art «Probezeit», an deren Ende eine Eignungsprüfung steht. Dazu sind neu alle Extras wie Lehrmittel, Prüfungsgebühren oder das Repetitorium im fünften Semester im Schulgeld inbegriffen.

Dieses beträgt für die ganze Ausbildung nun 15 700 Franken und liegt damit im Bereich der Liestaler Medecol.

Da sich die Ärzte auf Bundesebene nach wie vor weigern, über eine finanzielle Mitbeteiligung an der Arztgehilfinnen-Ausbildung zu diskutieren, hat sich jetzt die Ärztegesellschaft Baselland zu einem Alleingang durchgerungen. An der letzten Generalversammlung beschloss sie - übrigens auf Initiative von Ilse-Marie Klar von der Medecol - ein «Mitfinanzierungsmodell», das eine Signalwirkung auch auf andere kantonale Ärztegesellschaften haben könnte. Demnach übernimmt die Ärzteschaft des Kantons das Schulgeld für das erste Schulsemester, was rund 6000 Franken pro Schülerin ausmacht. Die Aktion ist vorerst auf das Jahr 1992 beschränkt, bei guten Erfahrungen ist eine Verlängerung vorgesehen. Die Schulgeld-Mitfinanzierung ist zudem auf höchstens 40 Schülerinnen pro Jahr limitiert, was aber für alle HWS- und Medecol-Absolventinnen aus dem Kanton Baselland reichen

Gespiesen werden soll der Fonds aus Beiträgen aller praktizierender Mitglieder der Ärztegesellschaft Baselland (inklusive Chefärzte) sowie aus Beiträgen von Spitälern. Die Schülerinnen müssen sich als Gegenleistung dazu verpflichten, eine Schule in Baselstadt oder Baselland zu besuchen und das Praktikum (oder die Lehre beim B-Weg) wenn immer möglich bei einem Baselbieter Arzt zu absolvieren. Zudem müssen sie nach Abschluss der Ausbildung mindestens zwei Jahre lang bei einem praktizierenden Arzt oder einem Spital-Chefarzt im Baselbiet tätig sein. Die Ärztegesellschaft Baselland erhält je einen Sitz in den Schulräten der HWS und der Medecol.

Die Baselbieter Ärzte betrachten ihr Finanzierungs-Modell allerdings nur als Übergangslösung. Die Schweizer Ärztekammer hat im Juni dieses Jahres nämlich den Antrag gutgeheissen, die Arztgehilfinnen-Ausbildung dem Berufsbildungsgesetz und somit dem BIGA zu

unterstellen. Und auch der Verband der Arztgehilfinnen strebt diese Unterstellung an. Dieses Prozedere wird aber noch einige Zeit dauern; vor 1996 ist wohl kein Entscheid zu erwarten. Und bis dahin sollen die jetzt beschlossenen «Sofortmassnahmen» verhindern, dass die Schere zwischen Angebot und Nachfrage noch weiter aufgeht.

Kommt die BIGA-Unterstellung, so wird sich der Staat an den Ausbildungskosten der Arztgehilfinnen beteiligen – und das ist genau das, was die Ärzte und der Verband mit ihrem Vorstoss bezwecken. Das Modell, das sich abzeichnet, gehe in Richtung Verlängerung der Ausbildung auf drei Jahre, wovon das erste Jahr ein Schuljahr und die beiden andern Praxisjahre wären, erklärt der Berner Fürsprecher Bruno Gutknecht, der das Sekretariat des Arztgehilfinnen-Verbandes führt.

Basellandschaftliche Zeitung, 23. 12. 1991

«SAWI» gescheitert

Das Schweizerische Ausbildungszentrum für Marketing, Werbung und Kommunikation «SAWI» muss auf einen geplanten Neubau verzichten. Der Kanton Bern sprach dem Projekt die volle Subventionsberechtigung ab. Das «SAWI» ging bei der Planung davon aus, dass Bund und Kanton Baubeiträge von je etwa einem Drittel an das Neunmillionenprojekt leisten würden. Diesen Anteil akzeptierte zwar das Biga, nicht aber das kantonale Amt für Berufsbildung. Nach Vorsteher Heinz Amacher beruhe die ungeheure Diskrepanz zwischen den Erwartungen und den möglichen 200 000. - darauf, dass das «SAWI» bei seinen Berechnungen auf den Status einer Fachschule abgestellt habe. Für eine Unterordnung unter das Ingenieurschulgesetz fehlten dem «SAWI» jedoch die Berufsprüfung und die Vollausbildung mit mindestens 4500 Lektionen. Der Ausbau einer bestehenden Liegenschaft wird durch die «SAWI»-Leitung als mögliche Alternative betrachtet. Die Stadt Biel wird helfen, denn sie möchte diese Ausbildungsstätte nicht verlieren.

Grenchner Tagblatt, 20. 1. 1992

